



Michael Frieser
Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Bürger müssen Google-Street-View-Aufnahmen dauerhaft und einheitlich widersprechen können – Stadt Nürnberg darf Bürger nicht verunsichern

Nürnberg, 11.8.10

Michael Frieser, MdB

Jakobstr. 46
90402 Nürnberg
Telefon: +49 911-24154432
Fax: +49 911-2369051
michael.frieser@wk.bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 3.108
Telefon: +49 30 227-71931
Fax: +49 30 227-76931
michael.frieser@bundestag.de

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Michael Frieser fordert den Internetkonzern Google auf, betroffenen Bürgern dauerhaft die Möglichkeit einzuräumen, gegen Aufnahmen ihrer Anwesen und Grundstücke im Internetdienst „Google Street View“ Widerspruch einzulegen. „Die von Google vorgesehene Frist von vier Wochen ist willkürlich und außerdem zu kurz. Gerade in Bayern, wo Google mit Nürnberg und München als ersten Städten deutschlandweit an den Start gehen will, haben die Sommerferien gerade erst begonnen. Viele betroffene Bürger werden also gar keine Chance haben, zu widersprechen. Außerdem kann es nicht sein, dass man per Brief gegen alle Arten der Veröffentlichung, via Internet aber nur gegen Photos von Immobilien Widerspruch einlegen kann. Google gefällt sich in der Rolle des Internet-Dienste-Pioniers. Bei Datenschutz und Bürgerfreundlichkeit ist der Konzern aber noch in der Steinzeit“, kritisiert der CSU-Innenpolitiker. In Schreiben an Google Deutschland und Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bittet Frieser deshalb darum, die Widerspruchsfristen zu verlängern und eine einzige Form des Widerspruchs für alle Arten von Objekten anzubieten.

Weiter fordert **Frieser** die Stadt Nürnberg auf, die Bürger nicht auch noch zu verunsichern. „Äußerungen aus den städtischen Amtstuben, ein Vorgehen der Stadt sei Zeit- und Geldverschwendung und die Stadt in dieser Sache nicht Sachwalter der ihrer Bürger, halte ich für nicht akzeptabel. Die Stadt sollte ratsuchenden Bürgern zumindest kompetente Auskunft geben können“, so der ehemalige CSU-Fraktionschef im Stadtrat.

Frieser glaubt, dass die Datensammelwut von Google künftig nur eingedämmt werden kann, wenn die Darstellung von Straßenzügen für den Konzern weniger interessant wird. Das ist bei einer entsprechend hohen Anzahl von Widersprüchen der Fall, da dann eine zusammenhängende Darstellung von Straßenzügen nicht mehr möglich wäre.



Der Bundestagsabgeordnete ruft die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, von ihrem Widerspruchsrecht weiter Gebrauch zu machen, und hat auf seiner Homepage **www.michael-frieser.de** das entsprechende Widerspruchsformular zum Abruf bereitgestellt. „Bei den Aufnahmen handelt es sich um ein Eindringen in datenschutzrechtlich sensible Bereiche. Ich rufe Hauseigentümer und anderweitig Betroffene deshalb weiter auf, Widerspruch gegen die Veröffentlichung von Bildern, die Personen, Kennzeichen oder Gebäuden beziehungsweise Grundstücke zeigen, zu erheben.“